

Wirtschaftsrat kritisiert Schulsituation

BREMERHAVEN. „Mit Entsetzen“ habe der Landesverband Bremen des Wirtschaftsrats der CDU die Freistellungsanträge von 30 Lehrern der Carl von Ossietzky-Schule zur Kenntnis genommen, wie der Lobbyverband jetzt mitteilte. „Diese Ankündigung, aus dem Schuldienst in Bremerhaven auscheiden und sich versetzen lassen zu wollen, ist eine Bankrotterklärung des Bremerhavener Schulbetriebes und ein deutlicher Hilferuf des Lehrpersonals“, so Philipp von der Heide, Sektionssprecher des Wirtschaftsrats Bremen in Bremerhaven. Wirtschaftstreibende seien auf einen hohen Bildungsstand der Schulabgänger angewiesen, um diese problemlos in die Unternehmen aufnehmen zu können. „Die offensichtlich dysfunktionale Schulpolitik der Stadt Bremerhaven schadet daher dem Wirtschaftsstandort Bremerhaven“, so von der Heide.

„Strukturelle Probleme“

Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine 2020 durchgeführte Veranstaltung des Wirtschaftsrats mit Stadtrat Michael Frost (parteilos) zu diesem Thema: „Dort wurde uns versichert, die Situation an den Bremerhavener Schulen sei unproblematisch. Versetzungswünsche von Lehrkräften seien Einzelfälle. Doch nun wird offensichtlich, dass das Arbeitsumfeld für die Lehrenden und der Umgang mit ihnen zum Problem für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes werden. Offenbar gibt es schwerwiegende strukturelle Probleme. Wir fordern den Stadtrat und die zuständigen Schulräte daher auf, unverzüglich für optimale Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer in Bremerhaven zu sorgen.“ (pm/ger)